

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 11. Juni 1932

Nummer 47

Gedanken zu den Tarifverhandlungen

Im nachfolgenden sei mir gestattet, einiges zu den letzten Tarifverhandlungen zu sagen, auch auf die Gefahr hin, bei manchen Kollegen auf Widerspruch zu stoßen und eventuell als „Bremsler“ oder als „Auch-Gewerkschafter“ angesehen zu werden. Wer heute unseren „Korrespondent“ aufmerksam liest, wird feststellen müssen, daß fast in jeder Ortsvereins- oder Bezirksmitgliederversammlung „geharnischte“ Resolutionen verfaßt werden, in denen der Verbandsvorstand mehr oder weniger scharf angegriffen wird. Die Düsseldorf Kollegen z. B. fordern nichts mehr und nichts weniger als den sofortigen Rücktritt des Verbandsvorstandes usw. Es wird wohl keinen Kollegen geben, der mit dem letzten Tarifabschluß voll und ganz zufrieden ist. Ich nehme es als selbstverständlich an, daß auch der Verbandsvorstand von dem Erreichten nicht befriedigt ist und nur schweren Herzens diese Vereinbarung abgeschlossen hat.

Wie kommt es aber, daß unsre Unterhändler ihre Zustimmung zu den mangelhaften Verschlechterungen gaben, ja, ich möchte frei heraus sagen, geben mußten? Dafür lassen sich naturgemäß eine ganze Reihe von schwerwiegenden Gründen anführen, die, wenn man sie mit ihrer ganzen Wucht auf sich wirken läßt, es verständlich erscheinen lassen, daß man es nicht auf einen offenen Kampf ankommen ließ, den man fast allgemein, nachdem der damalige Schiedspruch seitens des Reichsarbeitsministeriums nicht für verbindlich erklärt wurde, erwartete. Auch ich war in der damaligen Situation durch meine Meinung, daß wir nicht nachgeben dürften. Nachträglich bin ich aber, wie sicherlich auch ein sehr großer Teil der Kollegen, zu der Überzeugung gekommen, daß es richtig gewesen ist, daß unsre Organisationsleitung diese Vereinbarung getroffen hat.

Vor allem möchte ich die Kollegen eindringlich warnen, ihre gewählten Vertreter, die derartige Verhandlungen in unserem Namen führen müssen, derart scharf anzugreifen, wie es so oft geschieht. Als disziplinierter Gewerkschafter muß man sich m. E. bei ruhiger Überlegung sagen, daß unsre Vertreter bei allen Verhandlungen ihr möglichstes tun werden und in ihrem ureigensten Interesse tun müssen. Denn sie werden ja von uns gewählt und von uns bezahlt. Tun sie nicht ihre Pflicht und Schuldigkeit, so liegt es ja in der Hand der Verbandsorgane, sich an ihre Stelle andere zu wählen. Es ist in der Nachkriegszeit nachgerade zur üblichen Gewohnheit geworden, daß Gewerkschaftsführer und -angestellte bei jeder Gelegenheit in der gemeinsten Weise angegriffen werden, nicht nur von der äußersten Rechten und äußersten Linken (die doch bekanntlich ebenfalls eine Unmasse „Bonzen“ in ihren Reihen haben), sondern, was das Besämendste ist, von den eignen Mitgliedern. Nazis und Kommunisten haben es geradezu meisterhaft verstanden, unsre Führer in den Reihen unserer Mitglieder herabzuwürdigen und ihre Ehre in den Dreck zu ziehen, und viele Gewerkschaftsmitglieder merken gar nicht einmal, daß dies mit wohlberedeter Absicht geschieht. Die Auswirkungen dieser Hege zeigen sich nur zu deutlich auch bei den politischen Wahlen.

Betrachten wir uns nun einmal das Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen und stellen es in Parallele zu der ganzen heutigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Bei ruhiger Überlegung wird wohl jeder Kollege zugeben müssen, daß wir bei rückläufiger Konjunktur, bei einer katastrophalen Weltwirtschaftslage und bei offensichtlichster Rechtschwengung der großen Massen in Deutschland nicht irgendwelche Verbesserungen bei Verhandlungen mit dem Tarifpartner herausholen können. Genau so, wie wir bei guter Konjunktur im Gewerbe es verstanden haben, uns einen immerhin annehmbaren Lebensstandard zu „erobieren“, indem wir danach trachteten, unsern Lohn zu verbessern, genau so werden es die Unternehmer bei schlechtem Geschäftsgang und großer Arbeitslosigkeit versuchen, den Lohn zu kürzen und auch andere Ertragsquellen auf tariflichem Gebiet zu beschneiden. Um derartige Verschlechterungen zu verhindern, bleibt, falls die bestehenden Gesetze diesen überhaupt nicht verhindern, nur der offene Kampf, d. h. der Streik. Ob ein solcher aber bei dem heutigen Charakter der Gewerkschaften als Unterstützungsvereine und den dadurch bedingten leeren Kassen möglich ist, wage ich zu bezweifeln.

Vor allem aber dürfen wir die heutige politische Situation nicht verkennen. Eine ungeheure, aufgeschwungene Nazibewegung, also Anti-Gewerkschaftsbewegung, liegt

wie ein Alp heute über ganz Deutschland. Die Unternehmer sehen ihren Weizen blühen, ist ihnen doch dadurch Hilfe zur rechten Zeit erstanden. Die deutsche Arbeiterschaft wird sich noch auf allerhand Überraschungen gefaßt machen müssen. Und der Zeitpunkt wird gewiß nicht mehr fern sein, wo die Kollegen in der Gesamtheit einsehen werden, daß unser Verbandsvorstand in Anbetracht der Situation das Richtige getan hat, indem er die freiwillige Vereinbarung mit dem Unternehmerverband abgeschlossen hat. Schon die Ablösung des Kabinetts Brüning, von dessen NotverordnungsPolitik wir wahrlich nicht enttäuscht waren, das aber immerhin doch die Absicht hatte, die Grundlagen der Sozialpolitik in eine bessere Zeit hinüberzureiten, durch das Weiskabinett v. Papen, das anfänglich nicht einmal einen Arbeitsminister hatte und das sich durch eine geradezu herausfordernde Regierungserklärung der deutschen Arbeiterschaft vorstellte, muß m. E. als erstes Symptom dafür angesehen werden, daß unser Verbandsvorstand in richtiger Erkenntnis der Sachlage gehandelt hat. Wie wäre wohl ein Schiedspruch unter diesem Kabinett der Barone ausgefallen? Und was wird uns in dieser Beziehung vielleicht noch blühen, wenn die kommende Reichstagswahl etwa im Sinne des „Dritten Reiches“ ausfällt! Einzig und allein an der Arbeiterschaft liegt es, dieses zu verhindern!

Zum Schluß noch einmal: Uneingeschränktes Vertrauen zu unsern Gewerkschaftsführern! Vernein wir in dieser Beziehung von den Gegnern! Die Zukunft wird es zeigen, daß Gewerkschaftsmitglieder und -Gewerkschaftsführer ein geschlossenes Ganzes bilden müssen, wenn wir die kommenden Kämpfe, die schon heute gleich einem Weiterleuchten am Horizont emporsinken, überhaupt bestehen wollen.
S ch n e i d m ü h l. F. K r o n p e r t.

Internationale Arbeitskonferenz

Die 16. Internationale Arbeitskonferenz hat vom 12. bis 30. April in Genf getagt. Auf ihrer Tagesordnung standen folgende 4 Fragen: 1. Die Aufhebung der gewerksmäßigen Arbeitsvermittlungsstellen (1. Beratung); 2. Die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung (1. Beratung); 3. Das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen (2. Beratung); 4. Teilweise Abänderung des Abkommens über den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter gegen Anfälle. Ferner lag der Konferenz der Jahresbericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamts vor, zu dem eine eingehende Aussprache stattgefunden hat. Die Konferenz hatte außerdem die von den Regierungen auf Grund des Art. 408 des Pariser Vertrags eingerichteten Jahresberichte über die Durchführung ratifizierter Abkommen zu prüfen. Schließlich lagen der Konferenz noch verschiedene Vorschläge des Verwaltungsrats auf Änderung der Geschäftsordnung und eine Reihe von Entschlüssen vor.

Aber der 16. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz lag der Schatten schwerer wirtschaftlicher und sozialer Not in allen Ländern der Welt. Der Direktor hat sich daher in seinem Bericht vor allen Dingen mit der wirtschaftlichen Lage und ihren Wirkungen auf die Sozialpolitik befaßt. Er hat darüber hinaus in seinem Bericht Vorschläge zur Überwindung der Weltkrise gemacht, die in einer außerordentlich beachtlichen Entschlüsselung ihren Niederschlag fanden. In dieser Entschlüsselung wird der Direktor des Internationalen Arbeitsamts ersucht, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes und aller seiner Mitgliedsstaaten auf die Notwendigkeit einer baldigen Herbeiführung eines allgemeinen Wohlstandes durch geeignete Maßnahmen zu lenken. In einzelnen werden die Regierungen ersucht, ein Verzeichnis großer internationaler Arbeiten aufzustellen. Der Völkerbund und die Internationale Arbeitsorganisation sollen zu der nächsten, in Lausanne zusammentretenden Konferenz zur Regelung der Reparations- und Schuldenfragen eingeladen werden. Die Währungs- und Kreditfragen sowie die Fragen der Produktion und des internationalen Handels sollen von den Regierungen unter Mitarbeit der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gemeinsam geprüft werden zum Zweck der Aufstellung internationaler Vereinbarungen, die geeignet sind, die wirtschaftliche Tätigkeit auf möglichst breiter und planwirtschaftlicher Grundlage zu beleben. Eine andre, einstimmig angenommene Entschlüsselung ersucht den Völkerbund, seine

zuständigen Organe mit dem Vorschlag eines Goldwaffenstillstandes zu beauftragen.

Hinsichtlich der zur ersten Beratung stehenden Frage der Aufhebung der gewerksmäßigen Arbeitsvermittlungsstellen hat die Konferenz beschlossen, diese Frage zur endgültigen Beratung auf die Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz zum Zweck der Annahme eines Abkommensentwurfs zu legen. Gleichzeitig hat die Konferenz eine Liste von Einzelfragen angenommen, die Gegenstand eines Fragebogens zur Einholung der Auffassungen der Regierungen für die zweite Beratung sein werden.

Zur Frage der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, die ebenfalls in erster Beratung behandelt wurde, beschloß die Konferenz, auch diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz zur endgültigen Regelung zu legen. In sehr eingehenden Beratungen wurden diejenigen Fragen behandelt, die Gegenstand der Abkommensentwürfe sein sollen. Die Konferenz hat einer vom Ausschuss aufgestellten Liste von Punkten zugestimmt, die Gegenstand eines Fragebogens zur Einholung der Auffassungen der Regierungen sein sollen.

Die zweite Beratung der Frage des Mindestalters für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen hat zur Annahme eines Abkommensentwurfs geführt, der das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zu nichtgewerblichen Arbeiten auf 14 Jahre festsetzt. Wenn die Schulpflicht über das 14. Lebensjahr hinausgeht, ist das höhere Lebensalter nützlich. Der Abkommensentwurf läßt die Beschäftigung von Kindern über 12 Jahren im Rahmen gewisser Schutzbestimmungen bei leichten Arbeiten zu. Für gefährliche oder ungelunde Arbeiten sowie für den Straßenhandel ist im Abkommen ein höheres Lebensalter als 14 Jahre festgesetzt. Das Abkommen enthält eine Sonderregelung mit geringeren Altersgrenzen für Indien.

Der von der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1929 angenommene Abkommensentwurf über den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeitnehmer gegen Anfälle ist in einigen technischen Einzelfragen abgeändert worden. Die Abänderungsanträge waren von mehreren Regierungen, darunter das Deutsche Reich, gestellt worden. Die Anträge sollen die Ratifikation des Abkommens durch die wichtigsten Schiffsfahrtsstaaten ermöglichen. Weiter hat die Konferenz zu diesem Abkommen eine Empfehlung angenommen, wonach die Regierungen verpflichtet werden, sich zum Zweck der einheitlichen Durchführung des Abkommens zu verständigen.

Der von der Konferenz eingesetzte Ausschuss zur Prüfung der Berichte der Regierung über die Durchführung der ratifizierten Abkommen legte der Konferenz einen Bericht vor mit der Bemerkung, daß die Durchführung der ratifizierten Abkommen von Jahr zu Jahr wirksamer wird.

Neben den bereits erwähnten Entschlüsselungen, die im Zusammenhang mit dem Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamts angenommen wurden, und in denen insbesondere eine Aktivierung der Tätigkeit der Arbeitsorgane gegenüber den wirtschaftlichen und finanziellen Problemen gefordert wird, hat die Konferenz eine Reihe weiterer Entschlüsselungen angenommen über die langfristigen Arbeitsverträge, die Tarifverträge in der Landwirtschaft, den Arbeiterwohnungsbaue, die Beziehungen der Kolonien und Mandatsgebiete zur Internationalen Arbeitskonferenz und die Folgen des Opiumrauchens auf die soziale Lage der Arbeiter.

Die Konferenz nahm weiter eine Änderung ihrer bisherigen Geschäftsordnung vor. Einprüfliche gegen die Vollmachten eines Delegierten dürfen künftig nur mit neuen Aufgaben begründet werden. Sie sind unzulässig, wenn die Konferenz über die gleiche Frage bereits auf früheren Tagungen eine Entscheidung getroffen hat. Ferner können Delegierte, die von ihrer Gruppe keinen Sitz in einem Ausschuss erhalten haben, in Zukunft die Zulassung eines Sitzes durch den Vorschlagsausschuss der Konferenz beantragen. Diese Anträge wurden von der italienischen Regierung gestellt. Sie wurden von der Arbeitnehmergruppe, die in ihrer Annahme eine Beeinträchtigung der Selbständigkeit der Gruppen sah, heftig bekämpft.

Die 16. Internationale Arbeitskonferenz hat erneut die Bedeutung der internationalen Sozialpolitik selbst in der

krise gezeigt. Ihre Beratungen liefen aber auch den engen Zusammenhang zwischen der Durchführung internationaler Arbeiterschutzmaßnahmen und der endgültigen und zweckmäßigen Vereinigung der großen wirtschaftlichen und Finanzprobleme der Welt erkennen. Dies kam besonders in einer großen Rede des so unerwartet und unter so tragischen Umständen verschiedenen Direktors des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, zum Ausdruck.

Zus.

Für die Opfer der Zeit!

Der Verein Braunschweiger Drucker hat für die erwerbslosen Kollegen mit freundlicher Genehmigung des Rates der Stadt sowie der Direktion der Braunschweiger Kunstgewerbeschule einen vorzüglichen Lehrkursus aufgebaut, um den seit Jahren brot- und schaffenslos gewordenen wieder einmal für eine Zeit Gelegenheit zu geben, ihr Erlernetes aufzufrischen, mal wieder Werkstofflust zu atmen und um ihnen zu zeigen, daß auch die heute noch Schaffenden sich immer noch engstens mit ihnen verbunden fühlen, und nicht nur materiell, sondern auch ideell Opfer an Zeit und Gut gern bringen! Die ersten Lehrstunden zeigten, daß die Jugend, die als Opfer dieser Wirtschaftskrise ihre Arbeits- und Schaffenskraft nicht einlegen kann, förmlich nach Beschäftigung schreit, und daher auch mit größtem Eifer bei der Sache war und den Anweisungen der Kollegen, die sich in uneigennützigster Weise als Lehrkräfte zur Verfügung stellen, gern folgten. Uns ist durch diesen noch laufenden Kursus der Beweis gegeben, daß auf diesem Gebiet für die Erwerbslosen noch sehr viel getan werden kann, die Worte „hat Fortbildung denn überhaupt noch Zweck?“ müssen heute mehr denn sonst bejaht werden, denn sie wird immer das Fundament unserer aller Existenz bilden. Die technischen Fortschritte, die neuen Anschauungen zwingen uns zur erhöhten Aufmerksamkeit. Es wäre darum sehr zu begrüßen, wenn auch andre Gewerkschaften, auch Staat und Stadt, mehr Aktivität an den Tag legen würden, um den unschuldig durch diese Not- und Krisenzeit zur Untätigkeit Verurteilten Gelegenheit geben würden, sich weiter zu bilden. Der Dank aller Erwerbslosen ist gewiß und das Band der noch Tätigen mit den Erwerbslosen würde enger und herzlicher, und vor allem würde die Jugend erkennen müssen, daß bei eintretendem Bedarf an Arbeitskräften immer der Lütchiger den Vorrang hat. Auch liegen sich die Kurie, wie auch wir es planen, noch auf andre Gebiete, wie allgemein bildende Art, soziale Fragen usw. erweitern, so daß Stoff immer vorhanden wäre. Mögen diese Zeilen mit dazu beitragen, Pläne reifen zu lassen, dann wäre ihr Zweck erfüllt. Darum ruhen wir allen zu: Wartet, bildet, wagt! des Stoffes Widerstreben, seid mit eurem Schaffen eins, freut euch mit uns, wenn es Früchte trägt!

Braunschweig. Hermann Schaar.

Korrespondenzen

Hannau (Main). Inre Bezirksversammlung am 21. Mai wurde hier abgehalten. Die Kollegen waren aus allen Endorten des Bezirks recht zahlreich erschienen, so daß der Vorsitzende einen fast dreistündigen Besprechungsbefehl feststellen konnte. Ebenso waren die arbeitslosen Kollegen fast vollständig erschienen, ein Beweis dafür, daß auch sie, trotz aller Not der Zeit, noch lebhaften Anteil an allen Geschäften im Verbandsleben nehmen. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand der Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz in Frankfurt a. M., in der Gauvorsteher Repeps über den neuwichtigen Kampf um den Mantel- und Vohrtarif berichtet hatte. In ausführlicher Weise gab Vorsitzender Guler einen klaren Überblick über die Geschäfte seit dem 31. März. Er stellte dabei deutlich heraus, daß unsere Vertreter alles getan haben, um die Verschlechterungen der Unternehmer abzuwehren. Wenn dies nicht restlos gelungen sei, so müsse berücksichtigt werden, daß wir uns gegenwärtig in der schwächeren Position befinden. Es sei aber doch der jähre Wille und die Tatkraft anzuerkennen, mit der unsere Ver-

50 Jahre Verbandsmitglied



Peter Fies in Gensburg
Eingetreten: 11. Juni 1882 — Jetzt Invalide

treter alle Verschlechterungsanträge bekämpft haben. Am Schluß seiner Ausführungen ersuchte er alle Disziplinarredner, diese Tatsachen nicht zu vergessen. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden durch Kollegen A u t e n b e r g ergänzt. In der Diskussion beteiligten sich zehn Kollegen. Sie alle nahmen in sehr sachlicher Weise zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung, teils in ablehnendem Sinn, teils waren die Redner mit dem Ergebnis zufrieden, weil unter diesen Zeitverhältnissen nichts anderes zu erreichen sei. Von verschiedenen Kollegen wurden scharfe Maßnahmen gegenüber dem Unternehmer verlangt. Andre Disziplinardiskussioner erkannten den Opferwillen der Kollaborier betreffs des Fertigungsgeldes an. Erfreulich war die Tatsache, daß drei Redner der Erwerbslosen erklärten, die erwerbslosen Kollegen ständen nach wie vor treu zur Organisation und sie fühlten sich immer noch eins mit den in Arbeit stehenden Kollegen. Ein Gegensatz sei nicht vorhanden. In seinem Schlußwort konnte Kollege Guler manche in der Diskussion aufgeworfene Frage beantworten und die Feststellung machen, daß trotz gegenteiliger Beurteilung der Sachlage sämtliche Redner den jähren Willen unserer Unterhändler anerkannt hätten, alle Verschlechterungen nach Kräften abzuwehren. Deshalb müsse die Parole lauten: Kräfte und einiger Zusammenzuehen und unsere Führer die Möglichkeit erleichtern, über diese Zeit hinwegzukommen. Anschließend wurden die Feiern des Johannistages behandelt und die Verlegung des Vereinslokals. Nach Schluß der Versammlung blieb noch ein großer Kreis Kollegen beisammen, um Abschied zu nehmen von dem scheidenden Vereinswirt und seiner Familie sowie dem gesamten Personal.

Koburg. Inre Bezirksversammlung, die Mitte Mai in Sonneberg stattfand, war äußerst zahlreich besetzt. Das Referat über die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe und die Manteltarifverhandlungen hielt Gauvorsteher Wislau (Weimar), der in scharfen Umrissen die gegenwärtige Situation schilderte. Wenn auch nicht ganz mit allem einverstanden, stellte sich doch die gesamte Kollegenschaft des Bezirks Koburg auf den Boden der Tatsachen. Was kommen was will, die Kollegenschaft ist jederzeit gewappnet. — Von ähnlichem Geist war die graphische Versammlung im Verein mit den Hilfsarbeitern und arbeiterinnen am 30. Mai getragen. Die Hilfsarbeiterchaft unseres Bezirks ist unter allen Umständen gewillt, ihr zugehörige Verschlechterungen durch einmütigen Abwehrkampf abzuschlagen. Vorsitzender

Smolinski versicherte sie tatkräftigster Unterstützung durch die Gehilfenchaft.

Königsberg (Pr.). In unserer Versammlung am 22. Mai gedachte Vorsitzender H u b e zuerst in ehrenden Worten zweier verstorbenen Kollegen und stellte dann eine Anzahl von Jungbuchdruckern vor, die aus der Lehrlingsabteilung in unsere Reihen eingetreten sind. Sechs Mitglieder, die den katurarischen Pflichten nicht nachkamen, konnten länger als „Ehrenmitglieder“ geführt werden und wurden ohne Widerspruch ausgeschlossen. Sodann berichtete der Vorsitzende über die wichtigsten Beschlüsse des Pfingsten abgehaltenen Gantags. Als Schriftführer für den Gauvorstand wurde Kollege Dawill und als Beisitzer die Kollegen Eisner und Wolff gewählt. Einmütig wurde der Vorschlag des Vorsitzenden gutgeheißen, das diesjährige Johannistfest am Ostseestrand zu begehen. Ein Extrazug mit bedeutend ermäßigten Preisen führt die Jünger Gutenbergs horthin und die arbeitslosen Kollegen erhalten freie Fahrt. Über aktuelle Fragen referierte Gauvorsteher A c i s n e r, indem er über die mehrmaligen Tarifberatungen, die Hilfsarbeiterangelegenheit und über die in erster Instanz beendete Königsberger Klage vor dem Berliner Arbeitsgericht berichtete. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die im Tarifabschluß stehenden Abänderungen des § 3 Ziff. 6 und § 10 Ziff. 3 schwerwiegende Verschlechterungen für die Gehilfen bedeuten. In dem unhaltbaren Teilerkeit der Berliner Graphischen Kammer hat es sich der Vorsitzende in seiner teilweise mündlichen Begründung sehr leicht gemacht, die Schuld dem Verbandsvorstand aufzubauhen. Dieses hätten Königsberger Richter auch geschafft. Zu der katastrophalen Dauerarbeitslosigkeit nahm die Verammlung nachdringliche Entschlieung an: „Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Königsberger Buchdrucker im Verband der Deutschen Buchdrucker richtet an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund das Ersuchen die Einführung einer Arbeitsdienstplicht aufs schärfste zu bekämpfen, weil sie einer Verhöhung der jahrelangen Erwerbslosen gleichkommt. Dafür muß unverzüglich die Fünftagewoche mit Zwangseinstellung und Lohnausgleich für alle Betriebe zur Einführung gelangen, welche z. B. von den Unternehmern des graphischen Gewerbes infolge der heutigen Preispolitik ohne Beschwerden getragen werden kann.“

Nördlingen. In unserer Versammlung am 21. Mai hatten sich, entgegen den letzten Versammlungen, sehr wenige Kollegen eingefunden. Es waren nur 22 anwesend. Einleitend gedachte Vorsitzender S c h l u n d zweier vor einigen Wochen verstorbenen Kollegen und widmete ihnen ehrende Worte des Gedenkens. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen fand eine Aussprache über den abgeänderten Manteltarif statt, an der sich die Kollegen sehr beteiligten und einmütig das Verhalten der Gehilfenvertreter billigten, die getan haben, was nur in ihren Kräften stand. Sodann gab der Kassierer seinen Kassienbericht, für den ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde. Aber die letzten Ortsauschüßigungen berichtete Kollege S c h l u n d. Im Juni wollen uns die Ansbacher Kollegen einen Besuch abstatten, und damit soll zugleich eine kleine Johannistfeier verbunden werden, zu der unser Gauvorsteher, Kollege Döbbling, ein Referat halten wird. Mit der Auforderung des Vorsitzenden an die Kollegen, trotz und gerade wegen der schweren Zeit einmütig hinter der Verbandsleitung zu stehen, die nur das Beste der Gesamtheit will, und die Versammlungen reger zu besuchen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

gg. Schwelmig. Inre Versammlung am 28. Mai wies selber nur einen schwachen Besuch auf. Über den Punkt „Tarifliches“ referierte Vorsitzender W. B. t e r s. Er gab einen kurzen Überblick über den seit Mitte März begonnenen und durch den „Korr.“ hinlänglich bekannten Verlauf der Tarifverhandlungen. In der weiteren Stellungnahme zu dem jetzigen Ergebnis der Verhandlungen kam zum Ausdruck, daß man sich nur unter dem ungeheuren Druck, wie ihn die verzerrte und verzerrte Gegenwart selber erzeugt, damit abfinden könne und müsse. Restlos anerkannt wurde aber, daß der Verbandsvorstand nichts unverzagt gelassen habe, die brutalen Prinzipalforderungen in ihren wesentlichsten Spüten abzuhängen. Das Johannistfest fällt in diesem Jahr wegen der Schwere der Zeit aus. Statt dessen wird den arbeitslosen Kollegen aus den sonst dafür verausgabten Mitteln eine kleine Beihilfe gewährt. Unser „Finanzminister“ A n d r e e n ließ in seinem Bericht über die Kassienverhältnisse eine leuchtende Besserung erkennen, die

Aus vergangenen Zeiten der Schriftgießer

Es ist mitunter sehr interessant und auch lehrreich, in vergilbten Blättern zu lesen. So habe ich z. B. jetzt ein vor 17 Jahren zum letzten Male benutztes und damit abgeschlossenes Buch „Fremden- und Biatiktumskasse einer Leipziger Schriftgießerei“ zum Studium vorgenommen. Die ersten Entwürfe beginnen mit dem Jahre 1848. Es ist nun ein getrauer Spiegel der verflochtenen Jahre, welcher im Vergleich zu heute doch von einer Arbeitsweise zeugt, die man heute für unmöglich halten würde, und doch wurde damals der Grundstock zum Reichtum der späteren Inhaber gelegt.

Unter andern steht darin verzeichnet: 1848 für Muff während der Neujahrsmesse: 16 Neugroschen; während der Jubiläumsmesse: 24 Neugroschen 8 Pf.; zur Michaelismesse: 17 Neugroschen 9 Pf. Es haben also die böhmischen Mechnstanten fleißig zur Arbeit aufgestellt und diese Mechnstanten sind bis zum Jahre 1874 zu verfolgen. Dazu gehörte am Nechmontag ein gemeinsames Frühstück, für welches unsere Altworden Herrn 1849 die Summe von 2 Thlr. 11 Groschen 1 Pf. und für Muff 13 Groschen 9 Pf. ausgaben. Diese Frühstücke haben sich bis 1866 erhalten und das höchste Diener ist 1855 gewesen; denn da steht verzeichnet: Zum guten Montag: Frühstück 7 Thlr. 21 Groschen 5 Pf. und zwei Fas Bier 1 Thlr. 1 Groschen 6 Pf. und 3 Thlr. 8 Groschen.

Daß auch der äußere Mensch nicht vernachlässigt wurde, ergibt man aus dem öfteren Schließen der Gießereihaare-

schneidelscheere für 1 Groschen 2 Pf. und Anschaffung eines Kammes für den Barbier für 3 Groschen 8 Pf. Zur Unterstützung der Oberläufiger Weber wurde im Juni 1848 zum Anlauf von 2 Aktien à 1 Thlr. zur Auslösung von Weberarbeit das Geld der Kasse entnommen.

Auch das Aufhören der Wichtarbeit im Frühjahr mußte gefeiert werden. 1849 betragen die Ausgaben 3 Thlr. 17 Groschen 8 Pf. Diese Feiern waren 1854 zu Ende. Wenn es dann jedoch im Sommer recht heiß war, kam es öfter vor, daß es den Herren Kollegen nachmittags beim Kegel spielen in der „Goldenen Laute“ besser gefiel als in der Gießerei. Da mußte der Prinzipal öfter hinübersehen, sie möchten doch kommen, da die Arbeit sehr eilig wäre.

Jeder durchreisende Fremde wurde bewirtet und mußte der Reihe nach sämtliche Kollegen begrüßen, dann erhielt er sein Biatiktum. Daß Steuern zahlen schon früher unbeliebt war und manchmal schwer fiel, geht daraus hervor, daß mitunter ein Soldat, marschmäßig ausgerüstet mit Tornister und Gewehr, im Geschäft erschien. Der Soldat postierte sich nun bei dem säumigen Steuerzahler und mußte von diesem so lange verpflegt werden, bis die Schuld getilgt war. Die Kollegen sollen jedoch die wackeren Vaterlandswerteidiger so reichlich und gut verpflegt haben, daß selbige meistens etwas illuminiert von ihrem Posten nach der Kaserne zurückkehrten. Die zu begleitende Schuld kettung meistens zu Neugroschen.

Welcher Hochbetrieb in den öder und öder Jahren des vorigen Jahrhunderts herrschte, erkennt man daran, daß

wenn in Leipzig ein Gießer von einer Gießerei in eine andre, die nur ein paar Straßen davon lag, wechselte, der Prinzipal ein „Kegelgeld“ von 3 Talern auspacken mußte.

Die Zeiten sind vorüber und bei dem heutigen Tempo und der Rationalisierung sind andre Generationen mit ersten Aufgaben beschäftigt. Das Biatiktumswesen ist von Vereins wegen organisiert, und 1905 zum Johannistfest ist das vor mit liegende Buch abgeschlossen. Mögen diese Zeiten bei alten Kollegen freundliche Erinnerungen wecken und die jungen Kollegen zu kollegialem Zusammenhalt veranlassen.

L. R. (Leipzig).

Rechtskuriosa aus aller Zeit

Mann und Weib sollen nach der Forderung aller Sozialisten gleichberechtigt sein. Die sogenannte Geschlechtsvormundchaft des Mannes ist unbegründet. Wenn die Rationalsozialisten heute sagen, das Weib ist Magd und Dienerrin des Mannes, so erfinden sie damit nicht etwa Neues, sondern sie steigen mit solchen Gedanken ins finstere Mittelalter, welches wir glücklich überwinden haben glauben. Noch im 17. Jahrhundert glaubte man die männliche Geschlechtsvormundchaft festzulegen zu müssen, weil es angeblich dem Weib an der nötigen Geisteskraft fehle. Die fränkische Landgerichtsordnung von 1614 sagt, daß der Verstand des weiblichen Geschlechts etwas schwach und „leichtlich zu vernachlässigen“ sei. Kranke und schwache Personen, welche nach Ansicht der Kräfte ausgemerzt werden müssen, waren nach germanischem Recht nicht vollwertig.

aber in den nächsten Monaten durch die vielen durchreichenden Kollegen den üblichen merkbareren „saisonmäßigen“ Rückschlag erfahren wird. Den Bericht über die Bauingenieurtagung Schleswig (der Ortsverein gehört dieser an) gab ebenfalls Kollege U n d e r s e n. Einen abschließenden Situationsbericht über Lehrlingsangelegenheiten der letzten Zeit, u. a. Ausschluß bzw. Austritt wegen Zugehörigkeit zur NSDAP, und ehemaligen GSt. und zum Jungstaßhelm, gab Lehrlingsleiter J e l l e. Nachzutragen ist noch das 25jährige Jubiläum des früheren langjährigen Ortsvereinsvorsitzenden, Kollegen W. W u l f; eine Abordnung des Vorstandes überbrachte nachträglich die Glückwünsche des Ortsvereins und überreichte ihm ein Ehren Diplom.

Schöpfheim-Zell. Zu unserer Versammlung am 21. Mai hatten sich die Kollegen vollständig eingefunden, um den Bericht des Kollegen B u d (Vörsach) über den Gattungs in Konstanz entgegenzunehmen. Seine umfangreichen und in ungeheurer Weise dargelegten Ausführungen waren äußerst interessant und aufklärend, wofür ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen wurde. Die Diskussion war überaus reg und zum Teil scharf. Daß Kollege Reibel (Wahr) als Gauvorsitzer aus der Wahl hervorging, wurde mit Beifall aufgenommen. Scharf kritisiert wurde die Abhaltung des Gattungs in der äußersten Ecke, wie auch die Höhe der Verwaltungskosten, wo doch heute Sparmaßnahmen mehr denn je am Platze sei. Mit dem Resultat der Manteltarifverhandlungen konnte man sich ebenfalls nicht einverstanden erklären. Die Kollegen stellten sich auf den Standpunkt, daß nachdem doch von Regierungsseite erfreulicherweise einmal die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt worden war, auch unsere Vertreter die Verschlechterungen nicht sanktionieren dürfen. Es wurde betont, daß mit dem fortwährenden Abbau bei den Arbeitern endlich Maß Schluß zu machen ist und zugleich gefragt, warum man nicht auch den Herren Schlichtern die Ferienentlohnung kürzt, die doch weit höher sind. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Stendal. Unsere Versammlung am 25. Mai war gut besucht. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden kam er auf das Hauptthema, „Bericht von der Bezirksleiterkonferenz über den neuen Manteltarif“, zu sprechen. Seine Ausführungen bewegten sich im Rahmen der auf der Bezirksleiterkonferenz gemachten Erörterungen. Eingehend wurden die Verschlechterungen, die uns der neue Manteltarif bringt, besprochen, die manchen Enttäuschungsturm bei den Kollegen auslösten. Der Vorsitzende erläuterte eingehend die Gründe, die den Verbandsvorstand wie auch die Gauvorstände bewegten, die bekannte Vereinbarung mit den Prinzipalpalen zu treffen. Die Verzugsentscheidung, die Verlängerung des Lohnsatzes, wurde von den Gehilfen in keiner Weise für genügend erachtet, die einzelnen Verschlechterungen zu rechtfertigen. Volle Einmütigkeit herrschte darüber, daß bei gegebener und günstigerer Zeit diese Scharte wieder ausgemerzt werden muß, und man erwartet vom Verbandsvorstand, daß wenn diese Gelegenheit da ist, sie auch wirklich ausgenützt wird. Vorsitzender M i l l e r ermahnte alle Kollegen, trotz der schweren Schädigungen Ruhe und Besonnenheit im Gewerbe zu erhalten und weiterhin treu zum Verband zu stehen und den Führern der Organisation ihr Vertrauen zu bewahren. Dann gab er die Entschließung der Bezirksleiterkonferenz bekannt und stellte anschließend seine Ausführungen zur Diskussion. An dieser beteiligten sich die Kollegen J u g e l t, T e u b n e r und M a t i e, die übereinstimmend zum Ausdruck brachten, daß der neue Tarif ganz gewaltige Verschlechterungen bringe, insbesondere für die Ferienzeit, daß stände man vor einer vollendeten Tatsache, und sie müßte hingenommen werden. Zum Schluß sprach der Vorsitzende noch über Gauangelegenheiten. Auch örtliche Angelegenheiten wurden nach kurzen Ausführungen erledigt.

Worms. Unsere am 20. Mai in Bensheim abgehaltene Bezirksversammlung wies einen Besuch von 80 Kollegen auf. Unter „Begrüßendem“ teilte der Vorsitzende mit, daß ein Übertrittsfallbau am Ort abgefallen worden konnte. Die so erlebte Sitzung des Hauptfachauschusses hat noch nicht stattgefunden, hingegen sind die Gehilfenprüfungen durchgeführt worden. Bis auf einen haben alle Jungkollegen bestanden. Aufgenommen wurden acht Kollegen. Der Rapportbericht wurde vom Kassierer verlesen und zerlesen, und es zeigte sich, daß hierbei eine bessere Diskussion erzielt wurde, als beim Vorliegen eines gedruckten Berichtes. Auch wurde das Restantenwesen

kritisiert. Vorliegender Vörsach erstattete sodann Bericht über die Bezirksleiterkonferenz. Er gab einen Überblick über den Verlauf der letzten Tarifverhandlungen bis zu ihrem Abschluß und vergaß dabei nicht, an Hand von Tatsachen auch gegenüber anderen Organisationen das für und Wider zu erwägen. Im weiteren wurde eine Entschließung des Bezirks Wiesbaden behandelt. Die Disziplinordner, die sich in vernünftigen Bahnen bewegten, konnten dieser Entschließung nicht zustimmen. Eine erfreuliche Tatsache brachte die Beratung über das Jubiläumserfest mit sich, das wiederum zugunsten unserer Erwerbslosen fallen gelassen wird. Die Versammlung ging über den Vorbericht des Vorstandes hinaus, indem sie einen höheren Extrabehrag beschloß, der unseren erwerbslosen Kollegen zugute kommen soll. Möge dieser Beschluß Nachahmung, aber auch gute Gewähr in der Durchführung bringen. Laut Gaumitteilung haben sich alle außer Unterfertigung stehenden Kollegen mindestens alle 14 Tage zu melden, andernfalls kommen freiwillige Gaben von Gau oder Bezirk nicht für sie in Betracht. Nach Erledigung einiger anderer Fragen wurde die Versammlung mit einem Appell in bezug auf die heftigste Landtagswahl geschlossen.

Allgemeine Rundschau

Zum Tarifkonflikt der graphischen Hilfsarbeiterschaft. Wie wir in unserer vorigen Nummer schon kurz berichtet, sind in einigen mittleren und größeren Druckorten verschiedene Prinzipale zu Bündigungen von Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen übergegangen, um ihren Lohnansprüchen stärkeren Nachdruck zu geben. Damit droht der Kampf um eine reichsstarke Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen des graphischen Hilfspersonals in sein entscheidendes Stadium einzutreten. Von Unterorganen des Deutschen Buchdrucker-Bereichs wird weiterhin versucht, mit den Hilfsarbeitern einzelner Betriebe Vereinbarungen örtlicher oder regionaler Art abzuschließen, und zwar nach bestimmten Richtlinien der betreffenden Kreisleitungen, welcher Art diese Richtlinien sind, das kann man aus vertraulichen Rundschreiben erkennen, wie sie vor kurzem aus dem Kreis VI (Thüringen) und neuerdings aus dem Kreis I (Nordwest) bekannt geworden sind. In dem letztgenannten Rundschreiben werden den Prinzipalpalen u. a. folgende spezielle Anweisungen für das Vorgehen gegen die Hilfsarbeiterschaft gegeben:

Nachdem der Reichstaxi gefallen ist, muß erwartet werden, daß die Drucker von kleineren und mittleren Industrie und ihrer seit langem gegen den Tarifvertrag der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen eingenommenen oppositionellen Einstellung nunmehr auch die Folgerungen ziehen und sofort die Einzelarbeitsverträge der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen so ändern, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen den ortsüblichen Löhnen und Arbeitsbedingungen anderer gleichartiger Arbeitnehmerschichten nahekommen. Die Abänderung der Einzelarbeitsverträge kann auf folgende Weise geschehen: 1. Durch freie Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und den einzelnen Arbeitnehmern des Betriebes, 2. durch Bündigung der Einzelarbeitsverträge unter gleichzeitiger Innebohrung eines neuen Tarifvertrags zu ändernden Arbeitsbedingungen. Nur der zweite Weg besteht, wenn es in einem Betrieb vielfach ratum, die Bündigungen nach und nach (nächst ein Viertel bis ein Drittel der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen) vorzunehmen, um den Charakter einer Gesamtarbeitsverträge zu vermeiden. Die Bündigungen können nur freiwillig mit abschließender Frist vorgenommen werden. Die Löhne der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen sind nach folgenden Grundbegriffen festzusetzen: 1. Die Hilfsarbeiterlöhne sind den ortsüblichen Löhnen vergleichbarer Arbeitnehmerschichten anderer Gewerbe anzupassen. 2. Die Lohnleistung soll unter Aufhebung der bisherigen prozentualen Bindung an die Werkleistung in einem festen Mindestbetrag und möglichst auf Stundenlöhne erfolgen. Diese Richtlinien für die Festsetzung der Löhne haben für alle Buchdruckerstellen Geltung, ob nun betriebliche oder einzelarbeitsvertragliche Abmachungen getroffen werden.

Nach diesen und ähnlichen „Richtlinien“ versuchen die Unternehmer ihr Ziel, die Zerlegung des bisherigen Reichstaxi für die graphische Hilfsarbeiterschaft, zu erreichen. Sie befolgen zu diesem Zweck auch die Taktik, bei den örtlichen Schlichtungsorganen mit Hilfe irreführender Angaben zu Verhandlungen zu kommen, indem sie behaupten, zentrale Verhandlungen hätten sich vollkommen zerfallen, weshalb sie gezwungen seien, Verhandlungen auf anderer Grundlage herbeizuführen. Dabei wird geflissentlich verschwiegen, daß die Vertretungen der Hilfsarbeiter nach wie

vor zu zentralen Verhandlungen bereit sind. Dieser Bereitwilligkeit hat der Hauptverband der Hilfsarbeiterorganisation jetzt erneuten und verstärkten Ausbruch gegeben durch die am 7. Juni beim Reichsarbeitsministerium offiziell beantragte Einleitung eines zentralen Schlichtungsverfahrens zum Zweck des Neuabstufes des Reichstaxi. Vor dem Abschluß dieses Schlichtungsverfahrens vor dem Reichsarbeitsministerium ist es nicht angeht, örtliche oder bezirksliche Schlichtungsstellen in Anspruch zu nehmen. Hoffentlich gelingt es auf dem nunmehr erneut beschrittenen Weg der reichsamtlichen Schlichtung, in letzter Stunde einen offenen Kampf der Hilfsarbeiterschaft abzugeben, von dem aus Gründen gewerkschaftlicher Solidarität auch die Gehilfenchaft des Buchdruckerwesens in erheblichem Maß betroffen werden würde.

Schiffbauergewerk. Die Schriftsetzerei H. Berthold AG. in Berlin demonstriert auf einem an ihre Kundhaft verordneten Wandkalender die Wirkung der neuen Schriftsetzergewerkschaft. Dagegen ist gewiß nichts einzuwenden, wenn dabei Ungleichheiten von der Art vermieden werden, wie sie auf dem Kalenderblatt der ersten Juniwoche zu finden sind. Dort handelt es sich um eine Anpreisung der Vörsach Berthold-Grotesk, für die von der Firma folgende Form beibehalten wurde: „L wie Leiche. Auslassen eines Wortes beim Satz. Ein Gegehrprodukt angeltendster Unaufrichtigkeit.“ Geistvoll, wirklich höchst geistvoll, wie hier ausgerechnet die Kundhaft eines Schriftsetzergewerkschafters über fastliche Ausbrüche des Buchdruckerberufs „aufgeklärt“ wird, die jedem Geheißigkeits sind.

Klassenkampf von oben. Die sozialreaktionäre Gefahr, die durch die neue Reichsregierung von Hitler's Gnaden in bedrohliche Nähe gerückt ist, wurde vom Reichstagsabgeordneten Aufhäuser, dem Führer der freigeberischen Angelegenheitsbewegung, in der jüngsten Nummer der „NS-Bundeszeitung“ in einem aufschlußreichen Artikel beleuchtet. Darin heißt es u. a.: „Die Gewerkschaften können sich keiner Täuschung hingeben, daß nunmehr die Aufhebung der Arbeitslosenversicherung, der Abbau von Renten, die Ausschöpfung der Sozialversicherung und des staatlichen Schlichtungswesens in unmittelbarer Nähe gerückt sind. Die Finanznot soll von der Regierung des Herrn Reichspräsidenten ohne neue Steuern erhoben, die Arbeitsbeschaffung ohne Prämienanleihe gelöst werden. Eine solche Finanznot kann nichts anderes bedeuten, als Deckung der öffentlichen Lasten durch unerträgliche Kürzung von Lohn, Sozialrente und durch infatorische Kreditbeschaffung.“ Die zu erwartende Empörung der Massen wolle man dadurch niederhalten, daß man durch Aufhebung des St. Verbotes dem Nazilator freien Lauf lasse. Es wäre verfehlt, den Ernst der Situation verkennen zu wollen, es könne aber auch keine Rede davon sein, daß sich die Organisationen der Eisernen Front irgendwie entmutigt fühlen. Die alte Kampfkraft der Gewerkschaften bürge dafür, daß auch diese Periode schärfter Reaktion überstanden wird. — Bei dieser Gelegenheit sei noch eine Entfaltung erwähnt, die der wiedergewählte Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Handlungsgewerkschaften auf dem Hamburger Verbandstag machte: Die reaktionären Kreise seien bereit gewesen, die Politik Brünings zu unterstützen unter einer Bedingung: die Beilegung der Verbindlichkeitserklärung und der Schlichtungsfrage. Reichsarbeitsminister Stegerwald habe daraufhin erklärt: „Da stellt ja nur noch eins, nämlich die Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts. Die Bestrebungen können nur eingeführt und durchgeführt werden über meine Leiche.“ Aus den hier angeführten Tatsachen geht klar hervor, daß es bei der bevorstehenden Reichstagswahl um Sein oder Nichtsein der freien Arbeiterbewegung handelt. Die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit sieht sich dabei vor die folgenschwere Frage gestellt, ob sie sich von einem reaktionären Kinsling niederringen lassen will oder nicht.

Verstärkerte Konjunkturaussichten. Die Konjunkturlage Deutschlands zeigt eher noch eine Wendung zum Schlechteren als zum Besseren. Das beweist die folgende Prognose des Instituts für Konjunkturforschung: „In Deutschland hat keine Anzeichen einer allgemeinen Konsolidierung festzustellen. Zwar ist die Vertrauenskrise etwas abgeklungen, worauf die Tendenz zur Aufhebung der Stützgebäude und die Stagnation der Effizienzmärkte hindeutet; auch verzeichnen einige Branchen unter dem Einfluß saisonmäßiger Faktoren eine gewisse Entlastung. Im ganzen aber hat sich die Wirtschaftslage erneut verschlechtert: Die Arbeitslosigkeit ist konjunkturell in wei-

Auch damit steigen die Sittlerleute ins Mittelalter. Verkrüppelte und missgestaltete Menschen waren erb- und lehnsunfähig. Man kannte allerlei Proben, um die körperliche und geistige Richtigkeit zu beweisen. Ein Mann mußte sich ohne fremde Hilfe, mit Schwert und Schild bewaffnet, aufs Roß schwingen, ein bestimmtes Stück Land umpflügen, eine Frau mußte bis zur Kirche gehen können. Nach den Bestimmungen der isländischen Gzagas wurde der als geistlos behandelt, wer nicht unterscheiden konnte, ob der Sattel auf dem Pferd richtig oder verkehrt lag, und ob er selbst mit dem Gesicht nach dem Kopf oder nach dem Schwanz zu blickte. Also intelligent waren diese Proben nicht. Indessen werden auch manche Nazis nicht einmal diese Proben bestehen. Kranke behandelte man als Besessene oder Verdrucker und nicht im geringsten von medizinischen Gesichtspunkten. Man sperrte sie ein oder vertrieb, den bösen Geist auszutreiben. Die Geschädigung war im wesentlichen eine Kauf, früher sogar eine Raubangelegenheit. Arminius gewann sich die einem andern bestimmte Thunmeda durch Raub. Später wurde aus dem Raub ein Spiel, und so trägt die Späterwerbungen in isländischen Gegenden vielfach noch einen triegerischen Charakter. Als es dann zum Kauf kam, entstand ein richtiges Handelsgeschäft, wobei in der nächsten Weise über Preis und Ware verhandelt wurde. Die Braut war nicht Partei, sondern Gegenstand des Kaufvertrags, also Ware. Der Kaufpreis hieß Wittum oder Wittum oder auch Mitgeld. Den Abschluß bildete ein gewaltiges Trinkgelage und dann vor Zeugen unter Padelgeleit das Zerbrechen des Ehebettes. Damit erst war das Geschäft vollendet, „wenn die

Frau in des Mannes Bett geht“, „wenn die Decke über ihnen zusammenfällt“, wenn „die Frau sich vor des Mannes Bett entgürtet“. Die Sitte des öffentlichen Beilagers galt bis ins hohe Mittelalter und erhielt sich am längsten bei stürzlichen Hochzeiten, aber auch noch im Handwerkerstand bis ins 17. Jahrhundert. Bei den alten Deutschen gab es auch eine einseitige Scheidung der Ehe. Das Recht stand aber anfangs nur dem Mann zu. Die Frau hatte dazu nichts weiter zu sagen. Der Mann hatte ursprünglich auch das Recht, seine Frau zu töten, besonders im Fall des Ehebruchs. Der Mann konnte ungefragt die Ehe brechen, bei der Frau war es ein todeswürdiges Verbrechen. Diese ungleiche Geschlechtsmoral galt nicht nur so lange, als dem Mann der Erwerb mehrerer Ehefrauen und uneingeschränkter Geschlechtsverkehr mit Nebenfrauen und Konkubinen gestattet war, sondern sie erhielt sich auch noch während der Herrschaft der Eingehe. Der Mann hatte eine uneingeschränkte Strafgewalt über seine Frau. Er konnte sie einperrnen und hungern lassen, er konnte sie sogar verkaufen, nicht nur zur Strafe, sondern auch, um sich durch den Erlös aus drängender Vermögenslage zu befreien. Zwei Isländer veräußerten einmal ihren ganzen Besitz an Liegenständen und ihre beiderseitigen Weiber. Die Frau des einen hängte sich freilich darüber, während die andre sich ruhig fügte. Stark erinnert es an Nazimoral, wenn dem Mann das Recht zuzustand, seine Frau gleich einer Magd zu züchtigen. Noch im Mittelalter berichtet Kriemhild, wie Siegfried ihr wegen unnützen Geschwäges den Leib zerhaut habe. Im Brönners Schöpfenbuch um 1350 wird dem Mann zwar erpöhrer, das Züchtigungs-

recht mäßig auszuüben, das Strafrecht aber selbst ausdrücklich anerkannt. Ein Breslauer Ehemann verstarb 1431, seine Frau künftighin nur noch mit Ruten zu züchtigen und zu strafen, wie es ziemlich ist und einem Biedermann zustehe bei Treue und Ehre. Ähnliche bieder-männliche Eigenschaften zeigen ja denn auch die Nazis bei ihren Prügeleien. Demgegenüber wolle es wenig belagen, daß in manchen Rechtsbüchern die Frau als Genosin des Mannes bezeichnet wurde; denn dieses Genossenschaftsverhältnis, das mit dem Beilager begann, bezog sich lediglich darauf, daß die Frau Namen und Stand des Mannes teilte und sein Wohnsitz für sie maßgebend wurde. Die Vormachtstellung des Mannes zeigte sich auch darin, daß von ihm Leben und Anerkennung der Kinder abhing. Ob das geborene Kind in die Familie aufgenommen wurde, entschied nach germanischem Recht des Vaters Wille. Er konnte es auch aussetzen lassen. „Das Ugeborene liegt auf dem Boden, bis sich der Vater erklärt, ob er es leben lassen will oder nicht. Von solchem Aufheben scheint es, daß die Hebamme benannt ist.“ Das Recht zur Aussetzung erlosch, wenn an dem Kind die ersten Verwundungen der Kindespflege vollzogen waren. „Der Ausgesetzte durfte noch gar nichts genossen haben, ein Tropfen Milch oder Honig sicherte ihm das Leben. Ein Blick in die Geschichte vermag einen Rechtformen zeigt, daß die Menschheit rüstig vorwärts-schreitet. Der Reaktion, an erster Stelle den Faschisten, muß deutlich gesagt werden, daß die Arbeiterschaft es abseht, sich von Hitler ins Mittelalter zurückzuführen zu lassen; denn die sogenannte sühne alte Zeit ist eine Zeit traurigen Aberglaubens und furchtbarer Leiden gewesen.

